

# Die Rote Fahne.

## Amtliches Organ des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrates.

Nr. 9.

Sonnabend, den 16. November 1918.

1. Jahrgang.

### Einigkeit.

Vorgänge in Berlin lassen deutlich erkennen, daß ein sehr großer Teil der Arbeiter unter dem zwingenden Gedanken steht: Einigkeit ist das Gebot der Stunde! Solche Meinung erteilt politische Gegenstände, unterdrückt Mißtrauen gegen einzelne Personen, läßt keine andere Erwägung, keine politischen Gewissensbedenken aufkommen. Man will das, was bisher im Sturm der Revolution errungen worden ist, unter allen Umständen sichern. Es besteht die Befürchtung, es könnten durch ein Ausragen theoretischer und tatsächlicher Meinungsverschiedenheiten innerhalb der sozialistischen Gruppen die Früchte der Revolution gefährdet werden. Derartige Erwägungen beeinflussen in nicht geringem Maße auch das Verhalten vieler Arbeiter in Hamburg.

Wir wollen uns nicht verhehlen, daß solcher Gefühlsstimmung eine gewisse Berechtigung zugesprochen werden muß. Es liegt auf der Hand, daß die konterrevolutionären Kräfte allen ihren sozialen und wirtschaftlichen Einflüssen aufbieten, um das politische Heft wieder in die Hand zu nehmen. Man glaubt, daß der Ruf nach Einigkeit die Kraft des revolutionären Elementes so zu stärken, daß alle Angriffe leichter abge schlagen werden könnten. Hinzu kommt aber noch ein anderer Umstand. Die Menschen, die jahrelang draußen im Feld gelegen haben, die jahrelang die Mühen und Strapazen des Krieges zu tragen hatten, sie wollen nach Hause. Sie hungern nach dem endgültigen Friedensschluß und der Demobilisation. Sie werden unruhig in dem Gedanken, durch Auseinandersetzungen über die einzuhaltende Taktik, durch das Festhalten an der grundsätzlichen revolutionären Forderung, sich nicht mit einer bürgerlichen Revolution zu begnügen, sondern unverzagt auf die soziale Republik loszusteuern, den Friedensschluß zu verzögern. Und trotzdem wäre es falsch, anzunehmen, die Soldatenräte brächten trenn die Stimmung der Masse zum Ausdruck. Die Gewohnheit der Unterordnung, die in Fleisch und Blut übergegangen ist, spielt eine viel größere Rolle, als man nach den Ereignissen der letzten Woche anzunehmen bereit ist.

Die elementare Eruption ebbt ab. In den ersten Tagen der Revolution schien der ganze militärische Apparat in die Brüche zu gehen. In Wirklichkeit hält die Organisation erstaunlich fest zusammen. So tragbar ist das Gefüge, daß es sogar die Belastung der momentanen Gehorsamsverweigerung ohne nachhaltigen Schaden vertragen kann. Obwohl man die Disziplin abgibt, bleiben die Formalitäten im allgemeinen intakt. Von einer Auflösung war keine Spur. Der Geist des Kadavergehorsams war zerbrochen, aber die militärische Maschine blieb in Gang.

Diese Sicherheit im Funktionieren des militärischen Apparates sichert zunächst das Gelingen der Revolution, sie war eine Vorbedingung für das Herbeiführen der Militärrevolution. Jetzt droht die gewohnte Disziplin ein Werkzeug in der Hand der Konterrevolution zu werden. Offiziere drängen sich wieder in die Befehlshaberstellen; sie verstehen es sogar, sich in die Soldatenräte hineinzuwählen zu lassen und die Führung an sich zu reißen. So werden sie wieder die Beherrscher der militärischen Maschine. Und als gewählte Vorgesetzte haben sie die Truppenkörper nun vielleicht fester im Jügel als früher.

Die Mannschaften werden entwirrt. Es dauert nicht lange mehr, dann sind die Offiziere in der Lage, mit einem kleinen Trupp ergebener Soldaten oder gar mit bewaffneter Jugendwehr militärisch die Situation zu beherrschen und die öffentliche Gewalt an sich zu reißen, ohne erheblichen Widerstand zu finden.

In sichtbar schneller Fahrt steuern wir diesem Zustand entgegen. Und gerade die herausstreichende Mäßigkeit der Waffen läßt die konterrevolutionären Gruppen erstarken. Sie erkennen in dem Ruf nach Einigkeit den Mangel an Energie, den revolutionären Kampf konsequent durchzuführen.

So wird die Forderung: Einigkeit! in Wirklichkeit ein Sammelpunkt aller rechtsstehenden Elemente von Wehrpatrien Scheidemann und noch darüber hinaus. Und für diese Gruppen ist die gemeinsame Grundlage der Wille, einen Sieg des sozialistischen Gedankens zu verhindern. Hat doch die neue Regierung schon feierlich erklärt, daß sie nicht daran denke, sozialistische Maßnahmen zu treffen.

In der Masse der revolutionären Kämpfer lebte die Überzeugung, mit dem Eintritt in die Revolution die Geburt der sozialistischen Gesellschaftsordnung vorzubereiten. Die neue Regierung aber verzichtet den bürgerlichen Parteien, daß sie die von den Vertretern der kapitalistischen Gruppen dringend verlangten Maßnahmen ergreifen werde, Maßnahmen, die umgewandelt bestimmt sind, der kapitalistischen Gesellschaft wieder festen Boden unter den Füßen zu geben.

Der Jahre Krieg waren notwendig, um endlich in der Masse die Überzeugung zur Reife zu bringen, daß sie von den herrschenden Klassen elend belogen und betrogen worden seien. Nicht so langer Frist wird es bedürfen, um dem Volke klar zu machen, daß es nochmals betrogen worden ist. Tatsachen werden das klar machen.

Mit der Revolution gedachte man in läthem Vorstoß den Krieg zu beenden und den Sozialismus einzuführen. Nun bleibt man auf halbem Wege stehen. Aus banger Sorge, die Einigkeit zu fördern, parkiert man mit den Vertretern des Bürgertums, erfüllt dessen politische Wünsche. So gelangen die kapitalistischen Gruppen wiederum zur politischen Herrschaft. Nur Toren können glauben, daß sie diese Herrschaft dazu benutzen, sozialistische Forderungen zu verwirklichen. Sie werden einige sozialpolitische Reformen zugestehen, im übrigen aber an dem Zustand der Ausbeutung der Arbeitskraft nichts ändern.

Wir machen halbe Arbeit, beschränken uns auf eine politische Revolution, die lediglich dem Bürgertum zugute kommt. Wir verzichten auf die soziale Revolution und tragen selbst die Kosten des unter so hoffnungsvollen Ausblicken begonnenen Kampfes. Was ist gewonnen? Etwas Wahlrecht, die Republik und einige andere kleine Gehechte. Nach bleibt die Notwendigkeit, das jetzt Verjämte nachzuholen. Da sich aber mittlerweile die bürgerliche Gesellschaft in ihrem politischen Machtbesitz fest verankert, so wird später auch der Aufwand an Mühe und Opfern unverhältnismäßig größer sein, als wenn jetzt mit aller Kraft auf das erreichbare Ziel losmarschiert würde.

Erspari wird dem Proletariat der letzte Kampf nicht. Wagt es ihn jetzt nicht, so muß es ihn nachher durchlösen.

### Was war die Volksregierung?

Bündnis mit Japan, Krieg gegen die Volkswelt.

Der wahre Charakter der „Volksregierung“ ist enthüllt. Sie ist entlarvt. Sie war eine Regierung des Imperialismus und des Krieges. Sie wollte nach diesem Kriege neue imperialistische Kriege! Sie unterhandelte mit Japan, um mit Japan gemeinsam einen reaktionären Krieg gegen das sozialistische Rußland zu führen.

Der japanische Gesandte Oba wohnt in Berlin. Er hat der deutschen Regierung ein Memorandum über diese Angelegenheit überreicht.

Die Volksregierung ist auf diesen Vorschlag eingegangen! Sie hat mit Oba verhandelt. Vereinbarungen sind getroffen worden, die in einem paragraffierten Entwurf niedergelegt worden sind. Dieser Geheimvertrag ist von beiden Seiten bereits überpruft. Er bedarf nur noch der Ratifizierung. Die sogenannte Volksregierung hat eine heilige Allianz mit Japan zum Kampfe gegen das proletarische Rußland geschlossen.

Das bedeutet neue imperialistische Verwicklung, bedeutet neuen Krieg!

Das bedeutet zugleich einen Verrat gegen das internationale Proletariat!

Wir lassen die amtlichen Texte des Memorandums und des schmählichen Geheimvertrages folgen:

#### Vertrag zwischen Japan und Deutschland.

Artikel 1.

Die beiden hohen vertragsschließenden Teile verpflichten sich, sobald es die politische Weltlage zuläßt, den dritten vertragsschließenden Teil (Rußland) zu geordneten inneren Verhältnissen und zu einer Großmachtsstellung unter ihrer Führung zu verhelfen.

Artikel 2.

Der eine der hohen vertragsschließenden Teile (Japan) verpflichtet sich, den anderen vertragsschließenden Teil (Deutschland) an den sich aus seinen Verträgen mit einer dritten Macht (Rußland) ergebenden Vorteilen, soweit sie Zentralasien und Persien betreffen, teilnehmen zu lassen und den Abschluß eines Vergünstigungs- und Rückversicherungsvertrages zwischen dieser dritten Macht und dem anderen vertragsschließenden Teile zu fördern.

Artikel 3.

Der eine der hohen vertragsschließenden Teile (Japan) verpflichtet sich, den anderen vertragsschließenden Teil an seinem vertragsmäßig vereinbarten Reisbegünstigungsrecht in Sibirien sowie an bestimmten sich aus diesem Vertrage ergebenden Vergünstigungen in einem Sondervertrag festzulegenden Konzessionen teilnehmen zu lassen, wobei sich beide vertragsschließenden Teile verpflichten, keine weiteren Konzessionen in den näher festzulegenden Gebieten in die Hände fremder Mächte (Amerika und England) gelangen zu lassen.

Artikel 4.

Der eine der hohen vertragsschließenden Teile (Japan) verpflichtet sich, die Interessen des anderen hochvertragsschließenden Teiles bei der bevorstehenden Friedenskonferenz in einem für diesen Teil wohlwollenden Sinne indirekt zu wahren, damit ihm aus den sehr schmerzlichen Bedingungen der am wenigsten empfindliche Nachteil an territorialer und kapitaler Einbuße erwächst.

Artikel 5.

Der eine der hohen vertragsschließenden Teile verpflichtet sich, auf Grund seines mit dem wiedererstandenen dritten Teile abzuschließenden Vertrage dem anderen Teile (Deutschland) den Abschluß eines Rückversicherungsvertrages in militärischer, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht zu erwirken und seine guten Dienste dem anderen Teil (Deutschland) in dieser Richtung zur Verfügung zu stellen.

Artikel 6.

Dafür verpflichtet sich der zweite hohe vertragsschließende Teil (Deutschland) zum

#### Abschluß einer geheimen Militärkonvention zu Wasser und zu Lande,

deren Zweck ein Rückversicherungs- und Verteidigungsvertrag gegen aggressive Absichten Amerikas und Englands darstellt und dessen Einzelheiten sofort nach Friedensschluß von den Spezialvollmächtigten beider hohen vertragsschließenden Teile auszuarbeiten sind.

Artikel 7.

Der sich hieraus ergebende Geheimvertrag wird die Richtlinien in der auswärtigen Politik der drei hohen vertragsschließenden Teile festlegen und kann in seinem vollen Umfang erst nach dem Wiederaufbau des dritten hohen vertragsschließenden Teiles (Rußland) in allen einzelnen Artikeln festgelegt werden.

Artikel 8.

Der gegenwärtige Vertrag wird für einen Zeitraum von fünf Jahren, gerechnet vom Tage des Wiederaufbaues des dritten Teiles, geschlossen, soweit es sich nicht um den Artikel 4 des Vertrages handelt, dessen Wirkung mit dem Augenblick des Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft tritt: Im Falle seiner der hohen vertragsschließenden Teile sechs Monate vor Ablauf von fünf Jahren seine Absicht kundzugeben haben sollte, die Wirksamkeit des Vertrages aufzuheben zu lassen, bleibt derselbe für das nächste Jahrfrist selbstständig in Kraft, bis der eine oder der andere der vertragsschließenden Teile ihn gekündigt haben wird.

Artikel 9.

Der gegenwärtige Vertrag ist sobald als möglich zu ratifizieren und die Ratifikationsurkunden sollen in Stockholm getauscht werden.

Die Vertragsurkunden sind in doppelter Ausfertigung in französischer und deutscher Text herzustellen, wobei der deutsche Text für Deutschland und der französische für Japan maßgebend sein werden.

Die Frage, ob die westliche Orientierung, die die deutsche Politik im Verlauf der Kriegsjahre befolgt hat, eine richtige war, hat der Gang der Ereignisse bereit beantwortet, daß ihre kritische Unterfuchung kaum lobend erscheint, zumal sie gegenwärtig einen rein historischen und keinen realen Wert besitzt. Die westliche Orientierung zog aber den weiteren Fehler nach sich, daß man mit Rußland keinen Frieden abschließen wollte, weil man die sozialdemokratischen Gezeiten des deutschen Vol-

kes nur unter der Parole eines Kampfes gegen den reaktionären Zarismus dauernd kriegerisch zu halten glaubte.

In einem völligen Gegensatz hierzu stand die Politik Japans, das mitten im Kriege ein Bündnis mit Rußland abschloß, das dessen ganze Bedeutung — durch den Zusammenbruch Rußlands — in der Zukunft liegt.

Deutschlands Annahme, einen Frieden mit England auf Kosten Rußlands schließen zu können, war — wie die Verhältnisse gelehrt haben nicht nur falsch, sondern auch von schweren innerpolitischen Folgen für den deutschen Staatenbund und seine Bundesgenossen begleitet.

Darin aber lag nicht der einzige Fehler der politischen Orientierung. Nachdem Deutschland zur Ueberzeugung gekommen war, daß sich eine Verständigung mit England weder direkt noch über Amerika erzwingen ließ, hat es eine rechtzeitige Verständigung mit Rußland vermisst, durch welche sich eine sichere Brücke zum nahen und fernem Osten schlagen ließ.

Deutschland hätte durch eine solche Orientierung dem inneren Zusammenbruch Rußlands aller Wahrscheinlichkeit nach vorgebeugt und seine östliche Rückenstellung wirtschaftlich, politisch und militärisch gedeckt und verhärtet.

Ferner erscheint es auch unwahrscheinlich, ob der Volkswillens zu einer so ausgesprochenen Herrschaft in Rußland gekommen wäre, wie sich das im Verlauf der letzten zwölf Monate beobachten ließ. Es läßt sich annehmen, daß bei einer östlichen Orientierung Deutschlands das Auftreten oder die Herrschaft des Volkswillens sich jedenfalls mit der Rolle einer vorübergehenden Erscheinung oder einer Episode hätte bescheiden müssen, ohne jedenfalls derart schwere innere und äußere Erschütterungen über dieses Reich zu bringen.

An dritter Stelle wären aber auch der Abfall Bulgariens, der Niederbruch der Türkei und der Auseinanderfall Oesterreich-Ungarns höchst unwahrscheinlich geworden.

Eine östliche Orientierung Deutschlands hätte England vor die Notwendigkeit gestellt, den ausichtslosen Krieg aufzugeben und friedenswillig zu werden, weil es durch die dauernden Schiffraumverluste seine künftige Entwicklung wirtschaftlich bedroht und durch ein von Deutschland gestütztes Rußland seinen asiatischen Lebensnerv militärisch und politisch gefährdet sah.

Wenn aber ein von Deutschland unterstütztes Rußland schon zu einem politischen Machtfaktor wird, der England stark bedroht und seiner Politik die größte Vorfrist auferlegt, um wieviel stärker muß dieser Machtfaktor werden, wenn sich ein durch Deutschland und Rußland kontinental unterstütztes Japan diesem Bunde anschließt. Eine solche Orientierung würde die größte Gefahr für Amerika und England bedeuten.

Daraus geht hervor, daß der Schwerpunkt der künftigen Weltpolitik in einem wieder hergestellten, vom Volkswillens gestützten und in den ersten Jahren von außen gestützten Rußland liegt, an dem Deutschland wie Japan in gleicher Weise interessiert sind.

Hierbei würde für Japan der Vorteil erwachsen, daß es durch einen Rückversicherungsvertrag mit Rußland und Deutschland zu einem sehr starken militärischen Faktor wird, mit dem Amerika wohl rechnen müssen, zumal ein Auseinandergehen zwischen Amerika und England, der Selbstbestimmungsfrage der Nationen wegen, nur eine Frage der Zeit ist.

Der neue politische Dreieck würde für Japan den Kampf um die Vorherrschaft im Stillen Ozean bedeuten.

Für Rußland würde ein solches Doppelbündnis einen doppelten Vorteil sowohl in politischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht bedeuten, indem es durch Deutschland und Japan wirtschaftlich gestützt und politisch gegen englische und amerikanische Uebergriffe geschützt wird, bis es wieder zur Stellung einer Großmacht emporgerochen worden ist.

Für Deutschland würde das den Vorteil in wirtschaftlicher Hinsicht durch große Kommissum im Turkestangebiet ergeben, durch die es in bezug auf Baumwolle unabhängig von Amerika wird.

In politischer und militärischer Hinsicht würde sich für Deutschland eine vollständige Rückendeckung zu Lande durch Rußland und zur See durch Japan ergeben.

Der Endzweck eines solchen Bündnisses würde auf eine völlige Verdrängung Englands aus Asien, eine Isolation Englands von Amerika (durch Kanada und Indien) und auf eine wirtschaftliche Verdrängung Amerikas (aus Sibirien) und Englands aus Rußland einerseits und auf eine wirtschaftliche Ausbeutung Chinas, Zentralasiens und Persiens andererseits, wobei die Einflußsphären in folgenden Grenzen festzulegen sind:

Deutschland erhält freie Hand in Sibirien, Persien und Zentralasien, während Japan auf Nordchina, die Nordmandschurie, Korea, die Mongolei und Ostsibirien Anspruch erheben darf.

Die Revolution hat diese vorkriegsrechtliche „Volksgerechtigkeit“ gestürzt. Aber verzeihen wir nicht, daß in dieser Revolution Scheidemann, Ebert, David und ähnliche Leute die erste Geige spielten. Die Revolutionärssozialisten haben sich an der Verdrängung gegen den Frieden, gegen den Sozialismus, gegen das revolutionäre Rußland beteiligt. Sie sind mitschuldig. Sie haben sich zu verantworten.

### Der Hort der Revolution.

(Privattelegramm der „Roten Fahne“.)

Stockholm, 15. November 1918.

Aus Harfjoke wird gemeldet: Der ehemalige Marinekommissar Döhlen, der in Simferopol von deutschen Behörden verhaftet worden war, wurde in Freiheit gesetzt; er ist in Moskau angekommen. Genosse Carl Liebknecht, Friedrich Adler und Eugen Döbs sind zu Mitgliedern des Zentral Exekutivkomitees der russischen Sowjets ernannt worden. Der Verhaftungszustand in Nihilow ist aufgehoben. Es herrscht vollständige Ruhe. Man arbeitet energisch an der Organisation der städtischen Verwaltung. Aus Nishni-Novgorod, Sereba, Rospino, Somara, Saratow und aus allen Gebieten Rußlands, auch von allen Einheiten der „Roten Garde“ treffen Telegramme ein, die die Sympathie und Begeisterung für die deutsche Revolution bekunden. In Saratow finden große imponierende Demonstrationen deutscher Kriegsgefangener statt, die sich der revolutionären Bewegung anschließen. Die Mitglieder der deutschen Botschaft sind geflohen, während die Mitglieder der österreichischen Botschaft gefangen genommen wurden. Die Gesandte des deutschen Konsulates in Moskau sind

in den Händen eines vom revolutionären deutschen Arbeiter- und Soldatenrates gewählten Komitees. Aus der Ukraine wird bestätigt, daß die Rote Garde da gebildet ist. Sie hat sich zurückgezogen in die Dörfer, wo sie herzlich empfangen wurde. Die Rote Garde bildete in allen Distrikten der Ukraine neue Abteilungen.

Radel schreibt in der „Jowesta“ über die Richtung der jetzigen deutschen Regierung:

Was in Rußland zehn Monate erforderte, muß in Deutschland in den ersten Tagen der Revolution geschehen. Die Erfahrungen der russischen Revolution haben der deutschen revolutionären Bewegung eine außerordentliche Entwicklung ermöglicht. Wir sehen der Zukunft mit... Ruhe entgegen und sind überzeugt, daß die Arbeiter- und Soldatenräte in Deutschland sich durchsetzen werden und dazu beitragen, daß die Hindernisse, die dem internationalen revolutionären Proletariat von allen Seiten drohen, verschwinden.

### Reform des Schulwesens.

Amtlich. B.Z.B. Berlin, 15. November. Das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung richtete folgenden Erlaß an die Provinzial-Schulkollegien der Regierungen: 1. Wo bisher der Geschichtsunterricht mit anderen Lehrfächern zusammengefaßt wurde, soll der Geschichtsunterricht abgetrennt werden und in Zukunft unbedingt zu unterrichten und vielmehr einer sorgfältigen, kulturhistorischen Behandlung Platz zu machen. Alle tendenziösen, falschen Behauptungen über den Weltkrieg und dessen Ursache sind zu vermeiden. 2. Aus den Schulbibliotheken sind alle Bücher zu entfernen, die den Krieg an sich verherrlichen. 3. In keinem Unterrichtsfache sind seitens der Lehrkräfte abfällige oder entwürdigende Bemerkungen über die Ursachen und Folgen der Revolution, sowie die gegenwärtige Regierung zu äußern, welche geeignet sind, bei der Schulpflicht das Ansehen der Organen dieser Volksregierung herabzumindern. 4. Es hat seitens der Schulleiter und Lehrer im Verkehr mit der Jugend alles zu unterbleiben, was geeignet ist, die Stimmung zu einer Gegenrevolution (besonders auf dem ländlichen Lande) zu fördern, da ein solches Vorgehen im jetzigen Augenblick die größte Gefahr des Bürgerkrieges für unser Volk in sich birgt. 5. Bis zum Erlaß über die Trennung von Schule und Kirche sind die Kinder von Gottesdiensten und Andächtigkeiten, für die ein Religionsunterricht im jetzigen Schulplan nicht vorgesehen ist, auf Antrag der Erziehungsbehörden ohne jeden weiteren Nachweis vom Religionsunterricht zu befreien.

### Die Woge der Revolution.

Wie es kam!

Unter der Ueberschrift: „Wie es kam!“ veröffentlicht der „Vorwärts“ einen Artikel über die Revolution, die den unmittelbaren Anstoß zur deutschen Revolution gab. Gemächlich, so schreibt unser Zentralorgan, rechnet man als Beginn der Revolution den fünften November, den Tag des Sieges in Kiel. Das ist aber nicht richtig. In Wirklichkeit setzte sie schon eine volle Woche früher ein. Kiel war der zweite, nicht der erste Akt der Revolution. Dieser erste spielte sich auf der gesamten Hochseeflotte ab und war die Notwehr von 80000 Menschen gegen einen alldeutschen Schurkenreich. Das Blatt weist dann auf die fieberhafte Propaganda der Alldeutschen für den „nationalen Bergeweißungskampf“ hin, die aber erfolglos war. In ihrer Not seien die Alldeutschen auf das Meer vertrieben, das sie noch immer durch ein gleichgerichtetes Offizierskorps zu beherrschen glaubten, ohne von der revolutionären Stimmung der Truppen eine Ahnung zu haben. Dann heißt es weiter: Ein teuflischer Plan wurde ausgedacht: Die Flotte sollte auslaufen und sich im Kampfe gegen einen übermächtigen Feind bis zum letzten Schiff opfern. Das hätte wohl 80000 Menschen das Leben gekostet, aber es wäre nach dem Glauben der Alldeutschen ein Ereignis gewesen, um das Volk noch einmal mit der Stimmung der Augusttage von 1914 zu erfüllen. Der Plan sei keine Phantasie, sondern durch zuverlässige Aussagen von Matrosen erwiesen. Die Schiffsflotte erhebt am 23. Oktober den Befehl zum Auslaufen. Es sollte sich wie den Soldaten gefügt wurde, um ein Wunder handeln; aber aus den Abschiedsbriefen von Offizieren und anderen Angehörigen hätten die Seeleute bald die Wahrheit erfahren und infolge dessen gemutert. Die Ausfahrt sei verschiedene Male befohlen worden, aber jedesmal hätten sich die Matrosen trotz der Beruhigungsansprüche der Offiziere weigert. Nachdem die Matrosen einmal soweit gegangen seien, sei in ihnen der Entschluß zum äußersten Widerstand nach geworden. Den „Meuterern“ drohten schwere Zuchthausstrafen, und tatsächlich seien alldenn an 1000 Matrosen in Wilhelmshaven abgeführt und in Gefangenschaft gesetzt worden. Auf der einen Seite winkle das Zuchthaus, auf der anderen Seite die Freiheit. Die Wahl sei nicht schwer gewesen, sie sei auf die Revolution gefallen.

Zu dieser Darstellung des „Vorwärts“ wurde von der Leitung der Marine mitgeteilt, daß die Annahme der Kieler Matrosen, man wolle die Flotte in den Kobschlag gegen England schicken, durchaus unbegründet war. Unfess Flanterns front war sehr gefährdet, eine feindliche Landung dort zu befürchten. Deshalb sollten leichte Geschwader dorthin fahren, um den Verkehr zu stören. Die Hochseeflotte sollte nur eine Aufgabelung für diese leichten Streitkräfte und Uboote einnehmen. Von diesem Plan haben übrigens nur zwei Admirale Kenntnis gehabt, aber weder sonstige Offiziere noch Matrosen.

### Die Revolution in Brüssel.

Von einem Teilnehmer an der revolutionären Bewegung in Brüssel erhalten wir folgende Schilderung: Am 9. November nachmittags fand vor dem Palais des Justices eine gewaltige Demonstration statt, an der weitgehend 100000 Menschen teilnahmen. Der Soldat Dr. Freund hielt dort eine Ansprache, dann ging der Zug nach der Kommandantur, wo der im Soldaten- und Arbeiterheim gegründete Arbeiter- und Soldatenrat das Gouvernement übernahm.

Die Gelangenen wurden befreit. Ein Belgier hielt eine Ansprache und ließ die Internationale hochheben. Die Belgier erklärten, daß sie, nachdem die Hohenzollern davon gesagt, auch ihren König nicht wieder einzulassen wollten. Auf der Kommandantur wurde die rote Fahne ge-

hft. Die Wache des Obernachts stellte sich auf die Seite der Revolutionäre, sodass die Verhandlungen mit dem Sonderausschuss zum Abschluss kamen. Der Umsturz der alten Gewalten vollzog sich kurz, ohne Mord und Würger. Die Auflösung der Front hatte natürlich eine gewaltige Anordnung auf der Eisenbahn zur Folge. Auch bei dem Transport, an welchem amier Genosse teilnahm, wollte die Sache zunächst nicht klappen. Da regte er an, einen Soldatenrat für den ganzen Transport zu wählen, er fand Zustimmung. 10 Vertreter wurden in den Rat gewählt und von nun an vollzog sich alles in der besten Ordnung. Die Verpflegungsfälle, die bisher schwer mit der allgemeinen Anordnung zu kämpfen hatten, waren voller Anerkennung für das Mitwirken dieses Transportes. Das zeigt, daß die freie willige Disziplin dem Kadavergehörig weit überlegen ist, weil sie nicht nur im Soldaten den Menschen achtet, sondern gerade die besten Tugenden des Soldaten und Menschen zur freien Auswirkung bringt.

### Die Note Jahne weht!

Budapest, 16. November. Der Nationalrat beschloß anlässlich der morgigen Proklamierung der ungarischen Republik, auf dem Parlamentsgebäude neben der nationalen Fahle auch die rote Fahne der internationalen Sozialdemokratie zu hissen. Der 31. Oktober, der Tag des Sieges der Revolution, und der 16. November, als Proklamierung der Republik, sind als Nationalfeiertage erklärt und die städtischen Feiertage abgeschafft worden.

### Es macht man's in Braunschweig.

In Braunschweig haben sich unsere Genossen nicht damit begnügt, die Regierungsgewalt formell an sich zu nehmen, sie haben sie auch tatsächlich ausüben lassen. So wurde ein Gesetz beschlossen, das die sofortige Demobilisierung anordnet. Um aber für alle Fälle auf eine tatsächliche Macht sich stützen zu können, ist die Bildung einer roten Garde beschlossen worden. Man hat auch sofort mit der Auffstellung der Revolutionsarmee begonnen.

### Die Auslieferung Wilhelms.

Der „Daily Telegraph“ behauptet, Mariboff noch heute auf dem Eiland, ein neutraler Staat könne gezwungen werden, den früheren deutschen Kaiser auszuliefern, um ihn vor ein Gericht der Allierten zu stellen.

### Die französischen Arbeiter gegen kontrerevolutionäre Maßregel.

Der Allgemeine Arbeiterbund in Frankreich hat, wie die „Humanité“ meldet, ein Manifest erlassen, worin die deutsche Republik begrüßt und gegen alle chauvinistisch-imperialistischen Tendenzen in der deutschen Presse protestiert wird. Die „Humanité“ vom Dienstag erscheint unter der großen Überschrift: „Nieder mit den Waffen, Bürger! Es lebe die deutsche Republik!“ Auch in der Kammerbesprechung wurde der Ruf: „Es lebe die deutsche Republik!“ von der ganzen sozialistischen Fraktion wiederholt. Catin erklärte, er finde es besonders erfreulich, daß die Entente Deutschland sofort mit Lebensmitteln helfen wolle. Verdrüsslich ist jedoch der Artikel über die Nahrungsmittelbestimmungen für Frankreich und die Zugangsbestimmungen der Allierten über die Schweiz. In diesem liegt eine verheerende Intervention der Entente, gegen die mit aller Entschiedenheit protestiert werden müsse.

Auch „Populaire“ hebt eine Opposition der Arbeiterkassen der Entente gegen eine weitere militärische Aktion der Entente heraus. Das Blatt hofft, die Arbeiter und die sozialistische Partei Frankreichs werden sich mit aller Macht gegen eine Gegenrevolution stellen, so daß sie die völlige Befreiung der gesamten Arbeiterwelt Europas durchzuführen verstehen werde.

Das „A. T.“ berichtet aus dem West: Die französische sozialistische Partei und der Allgemeine Arbeiterbund haben eine große Versammlung abgehalten, um die deutsche Revolution zu begrüßen. Die Rundgebung begann mit einer Rede Marcel Catin's, der sich heftig gegen die französische Presse wandte, die schon jetzt gegen die zukünftige deutsche Republik Stellung nehmen. Auch erklärte Joubert, die französischen Sozialisten müßten auf der Höhe der Welt sein, damit der kommende Friede wirklich ein Weltfrieden werde. Darauf ergriff Bonaparte das Wort. „Die Franzosen und die englischen Sozialisten“, erklärte er, „müssen jetzt tun, was Babel und Babels 1871 im Reichstag getan haben. Die große Idee des Westens steht über dem Chauvinismus. Wir müssen und hoffen werden, daß das deutsche Volk mit seine einstigen Feinde behandelt wird, die es selbst gefoltert hat. Wir müssen verbinden, daß ein zur Verteidigung unternommener Krieg in einen imperialistischen Raubzug ausartet. Rossard, der Sekretär der sozialistischen Partei, gibt dann der Versammlung Kenntnis von dem glücklichen Verlaufe der deutschen Revolution. Die ganze Versammlung applaudiert. Nach weiteren Reden von Joubert von der Gruppe der Kleinholder und Wertheim, dem Sekretär der Metallarbeiter, erklärt Rossard, daß ähnliche Rundgebungen in ganz Frankreich organisiert werden müssen. Der Redner bemerkt, er möchte nicht zur Revolution aufrufen. Es genüge, das französische Volk vor der Gefahr zu warnen, sich von den Regierenden als Elemente der Gegenrevolution verwenden zu lassen. Rossard verlangt erneut die sofortige Einberufung einer internationalen Versammlung. Die Versammlung nahm zum Schluß einstimmig folgende Tagesordnung an: Die im Endstadium der demoralisierten Arbeiter des Departements der Seine begrüßen die Revolution, die als Folge der Niederlage des Militarismus den Thron gestürzt und die Privilegien in Mitteleuropa abgeschafft hat. Wie Babel und Babel 1871 nach dem Sturz Bonapartes, verlangen heute die Pariser Arbeiter einen ehrenhaften Frieden, einen Rechtsfrieden, einen republikanischen Frieden für die deutsche Republik. Sie verlangen Armeefür alle demoralisierten Arbeiter und fordern alle französischen Arbeiter auf, sich um die Organisationsarbeiten zu kümmern, dem großen Pflichten tun. Es lebe der Weltfrieden!“

### Die revolutionäre Bewegung in Holland.

Die Niederländische Telegraphen-Agentur meldet aus dem Haag: Die heute in der Zweiten Kammer der liberalen Abgeordneten Dr. J. J. van Rossum beschlossene, er möge seine Erklärung, daß er einen Staatsstreich müßte, zurückziehen, erwiderte Rossum: Ja, das Wort „Staatsstreich“ ist nicht gebraucht. Weiter erklärte er, er habe immer gesagt, daß er gegen Gewalt sei. Dr. J. J. van Rossum erwiderte darauf, daß, wenn es sich wirklich um ein Verbrechen handele, er dies heute Abend sofort in allen Versammlungen mitteilen und überall anhängen müsse.

Der erste Minister wird, dem Korrespondenzbureau zufolge, heute in der Zweiten Kammer im Namen der Regierung eine Erklärung abgeben, in der eine Anzahl von Reformen angekündigt wird. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit eines Eisenbahnstreiks werden verschiedene vorbeugende Maßregeln getroffen.

### Das Ende des Generalstreiks in der Schweiz.

Basel, 16. November. Meldung der Schweizerischen Depeschengenerat: Heute morgen wurde in der ganzen Schweiz die Arbeit wieder aufgenommen. Eisenbahnverkehr, Post, Telegraphen- und Telephonverkehr sind wieder normal. Nach Abbruch des Generalstreiks fanden am Donnerstagabend im ganzen Lande freundliche Kundgebungen statt. In Bern ereignete sich eine spontane und gewaltlose Manifestation. Die Menge vor der Quartier der Mitglieder des Bundesrats und Generalrats wuchs und rief sie heraus. Die Bundesräte Decoppet und Motta brachten ihre Freude aus, daß sich die verschiedenen Volksschichten des Schweizer Landes während des Krieges einig gezeigt hätten in dem Willen, die Demokratie zu schützen. Die französische Schweiz rettete zweimal während des Krieges das Land, einmal der Kriegsbegünstigung durch das klare Gefühl des Rechts und jetzt am Schluß durch die entscheidende Absicht, den Gewalt argen die Verfassung und Gesetz. Bundesrat Daub dankte dem Volke für die Entschlossenheit in den vergangenen Tagen. General Motta dankte für die Wiederherstellung der Soldaten. Bundespräsident Calander erklärte nach dem Willen der Arbeiter und Führerinnen, daß der Bundesrat entschlossen sei, dem Geist der neuen Zeit Rechnung zu tragen und im neuen Europa im Streite der freien Völker der Schweiz durch politischen und sozialen Fortschritt einen Ehrenplatz zu sichern. Nach den schweren Jahren des Durch-

haltens müsse man mit vereinten Kräften an die Ausgestaltung der demokratischen Demokratie herantreten und den Bedrückten und Unterdrückten durch die Einwirkung einer sozialen Gesetzgebung eine bessere Zukunft gesichert werden.

### Reaktion in der Schweiz.

Basel, 16. November. Nach einer Meldung der Schweizerischen Depeschengenerat stellt der Schweizer Bundesrat mit, daß, nachdem der Generalstreik beendet ist, die zuständigen Stellen es für nötig erachteten, sofort die Verantwortlichen festzusetzen. Hierüber haben die zuständigen Behörden höchste Kompetenz. Der Bundesrat wird die nötigen Verfügungen erlassen. Er ist der Ansicht, es sei ein Interesse, die zwischen den verschiedenen Parteien, die sich als Anführer und Führer betätigen und den anderen, die nur dem Streik Folge leisten. Die Untersuchungen werden von den Militärgerichten geführt. Gestern begann der Bundesrat eine Untersuchung gegen die demokratischen Umtriebe. Gegen gefährliche Elemente wird der Bundesrat eingeschritten.

### Die Schweiz weilt die Volkswirtschaft aus.

Basel, 16. November. Heute früh ist die aus der Schweiz auszuweidende Exportkommission auf der Durchreise nach Bern angekommen. Die aus 32 Personen bestehende Kommission wird in Bern zur Prüfung der Legitimation hergeführt. Es befindet sich darunter die bekannte Revolutionärin Balabanoff.

### Vollstreckung.

In Bernburg soll das Volk im Wege des „Menschen“ festhalten, welcher Staat es ist, nämlich die Großherzogin soll sich bis dahin jeder Regierungsbewegung enthalten.

### Wie regiert wird!

#### Die Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung.

Die „Freiheit“, das Organ der Berliner Unabhängigen, meldet: Wie wir hören, werden die Beratungen für einen Entwurf der Wahlrechtsänderung zur konstituierenden Nationalversammlung bereits im Reichstag des Innern begonnen haben. Man nimmt an, daß in Preußen die bisherigen Wahlrechtsverhältnisse und die Wahl für die nach dem Verhältniswahlrecht durchgeführten Wahlen bilden werden.

#### Bürgerliche, beruhigt Euch!

Oberrichter erklärt eine Vertreter der „Völkischen Zeitung“, daß die Verfassung gewisser bürgerlicher Kreise über die Frage der Einberufung der Nationalversammlung unklar und unbestimmt ist. Es dürfte aber Januar werden, bevor die Wahlen, zu denen bereits Vorbereitungen in Angriff genommen sind, stattfinden können, denn die Truppen befinden sich jetzt in Bewegung und man kann deshalb jetzt die Wahlen nicht vornehmen. Der Friedenskonflikt drückt auf seinen Kopf so lange aufgeschoben zu werden. Er könne durchaus noch vor der Nationalversammlung zusammengetragen werden.

#### Rechtschwendung.

Die „Völkische Zeitung“ führt aus, daß der Eintritt Deutschlands und Preußen in die neue sozialistische Regierung neben Scheidemann, Ober und Landberg, die jetzt nicht mehr Regierungssocialisten sondern Reichssozialdemokraten genannt werden, manchen Braven kämpfer der Unabhängigen mit Entsetzen so mit Verachtung und bitteren Gefühlen erfüllt habe. Aber die Sache sei so überhand, daß dieser verantwortungsvolle Schritt geschwiegen müßte.

Die „A. V.“ begründet dann in Gemeinschaft mit den Erwägungen, welche in der entscheidenden Zentralratsbesprechung der Unabhängigen angebracht wurden, diesen Regierungseintritt. Neben der drohenden Hungernot und Anarchie werden zwei Gesichtspunkte hervorgehoben:

1. Die Waffenstillstandsbedingungen sind von einer Seite, gegen die die von Preußen und Bulgarien als ein Abspaltung erscheinen, von einer Seite, wie sie nur aus abgrundtiefer Eitelkeit und tiefem Egoismus durch zu begreifen ist.
  2. Die Soldaten hätten das einzige Zusammengehörige erlangt. Das sei vielleicht bitter gemeint, aber man habe die Tatsachen nicht zu übersehen. Die Soldaten würden die Unabhängigen im Stich lassen, wenn sie die Einheit verweigern.
- Die Auslieferung der „A. V.“ soll offensichtlich eine bereits vollzogene Rechtschwendung der Welt der U. S. V. bedeuten. Mit dem Eintritt unserer Genossen in die Regierung konnte man sich einverstanden erklären, soweit es sich um die Regelung und Sicherung der Wirtschaftsmaschinen handelte. Anders sieht die Sache aus, wenn die Genossen Haase, Titmann und Varch die öffentlich reaktionäre Politik der Scheidemann und bürgerlichen Parteien mitmachen. Was das der Sinn der Revolution, die kapitalistische Gesellschaft von dem Völkischen Militarismus und der Unterwerfung zu befreien? Lohnt man das Kapital, sich erst wieder erholen, dann ist der Kampf noch um so schwerer und größer die Summe der zu bringenden Opfer.

#### Ein nettes Zusammengekommen.

Die kapitalistischen Interessenten lassen alle Hände spielen, um die Proletarier in Notlage und in Hilflosigkeit zu halten. Dazu dienen fesselnde Nachrichten. Volkswirtschaftliche Zusammenhänge müssen die Bevölkerung geistlich machen, dann befreit man sich vor der Politik Liebdes und Rosa Luxemburg. Meldungen über Putzschüsse von dieser Seite schrecken sich an und schließlich setzt man den Keil an, der auseinanderzutreiben soll. Regt lesen wir in der abhängigen Presse:

„Unabhängige und Sozialistische Gruppe.“  
Wie wir hören, beabsichtigt ein Teil der unabhängigen sozialdemokratischen Partei, sich von dieser loszulösen und zur Gruppe Diebstahl überzugehen. Der Streik dreht sich hauptsächlich um die Frage der Einberufung einer Nationalversammlung. Während die Führung der unabhängigen Sozialdemokratie gleich der Sozialdemokratie eine rein demokratische Entlohnung anstrebt, hält der linke Flügel der Unabhängigen an der Forderung der revolutionären Proletarier im kapitalistischen Sinne fest. Es erhalten sich in Berlin dauernd Gerüchte, monach Putzschüsse der Sozialistische Gruppe gegen die jetzige Regierung unmittelbar bevorstehe. So wurde gestern vormittag gemeldet, daß die Sozialistische Gruppe beabsichtigt, mit Gewalt das Gebäude des Abgeordnetenhauses zu besetzen. Die fortschrittliche Volkspartei brach darauf ihre gerade im Abgeordnetenhause tosende Forderung ab. Es ereigneten sich jedoch tatsächlich keinerlei Zwischenfälle.

Doch ein großer Teil der Mitglieder der U. S. V. ein Entschlossen in die Politik der Scheidemann nicht mitmachen würde, das ist so selbstverständlich, daß man darüber kein Wort zu verlieren braucht.

#### Ging, für die kapitalistische Herrschaft.

Der Arbeiter- und Soldatenrat in Königsberg gibt weiter herg in seiner letzten Sitzung auch mit dem Verhältnis der Offiziere zum Soldatenrat und ferner darüber. Das folgende Offiziersverbot erklärt, daß seine Mitglieder sich als freie Bürger der deutschen Republik betrachten und sich als solche voll auf den Boden der neuen Republik stellen.

Der Arbeiter- und Soldatenrat in Königsberg gibt weiter bekannt, daß sämtliche Behörden und Oberpräsident von Völkisch mit dem Arbeiterrat zusammen für die Einberufung weiterzorgern und vollkommen zusammenarbeiten.

#### Anst vor Verbrüderung.

Aus Delfingens, 15. November, wird gemeldet: General von der Goltz erklärte gestern unter Vorbehalt des Reichsverweiers dem parlamentarischen Senat, daß er, um eine Verbrüderung der deutschen Truppen mit den zu erwartenden Engländern zu verhindern, im Einvernehmen mit dem deutschen Generalstab Maßnahmen für die unmittelbare Rückführung der deutschen Truppen getroffen habe.

#### Professor Frank Staatssekretär.

Amst. 16. November. Berlin, 16. November. Der Rat der Volksbeauftragten ernannte in der heutigen Sitzung Professor Dr. Hugo Frank zum Staatssekretär des Innern. Die Geschäfte des Reichssozialministers führt Dr. Eolff, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, weiter.

#### Der Achtundentag.

Berlin, 15. Novbr. Die Gewerkschaftsverbände und fast alle Unternehmervereinigungen Deutschlands wollen heute eine Vereinigung unterzeichnen, monoch morgen an in sämtlichen Industriebezirken Deutschlands der Achtundentag eingeleitet wird. Gleichzeitig verpflichten sich die Unternehmer, die Gewerkschaften als bevollmächtigte Vertreter der Arbeiter anzuerkennen, jede direkte oder indirekte Unterdrückung der selben Gewerkschaften zu unterlassen und in Zukunft nur noch die partiell gültigen Arbeitsnach-

weise zu benutzen. Die Arbeitsbeschäftigten erhalten das Recht auf Mitbestimmung in der Stellung, die sie vor dem Kriege inne gehabt haben, sofort nach Entlassung vom Militär. In allen Gewerben sollen die Lehne nur durch Tarifverträge geregelt werden. Arbeitsnachweise sind in allen Betrieben mit mehr als 50 Arbeitern einzuführen und zur Wahrung der Arbeiterinteressen im Betriebe beizubehalten. Für die Lösung der übrigen Fragen, insbesondere die Beschäftigung der Kriegskriegsbeschädigten, wird eine Zentral-Kommission geschaffen, welche auch die Lohnfreiheiten und sonstigen Differenzen, die mehrere Verufe umfassen, die Entscheidung haben sollen und deren Entscheidung endgültig ist, wenn nicht binnen acht Tagen eine der beiden Parteien sie als unannehmbar erklärt. Die getroffenen Vereinbarungen treten sofort in Kraft. Diese Vereinbarungen zwischen den Arbeitern und Unternehmervereinigungen sollen hinsichtlich auch auf die Angestelltenverbindungen ausgedehnt werden.

#### Das preussische Abgeordnetenhause aufgelöst, das Herrenhaus beibehalten.

In Vereinbarung mit dem Reichstag des Volksrates des Arbeiter- und Soldatenrates verordnet wird, was folgt:

Das Haus der Abgeordneten wird hierdurch aufgelöst. Das Herrenhaus wird beibehalten.  
Berlin, den 15. November 1918.  
Die preussische Regierung,  
gez. Dirich, Strödel, Braun, E. Frank, W. Hoffmann,  
Dr. Rosenfeld.

#### Die Neuordnung in Sachsen.

Die Beauftragten der Arbeiter- und Soldatenräte Dresden, Chemnitz und Leipzig haben die Resolution für den neuen sächsischen Volksrat fertiggestellt und folgende Forderung erlassen: Die sächsische Regierung soll die folgenden Forderungen annehmen: 1. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 2. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 3. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 4. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 5. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 6. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 7. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 8. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 9. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 10. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 11. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 12. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 13. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 14. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 15. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 16. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 17. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 18. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 19. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 20. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 21. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 22. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 23. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 24. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 25. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 26. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 27. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 28. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 29. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 30. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 31. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 32. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 33. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 34. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 35. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 36. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 37. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 38. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 39. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 40. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 41. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 42. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 43. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 44. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 45. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 46. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 47. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 48. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 49. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 50. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 51. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 52. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 53. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 54. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 55. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 56. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 57. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 58. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 59. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 60. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 61. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 62. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 63. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 64. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 65. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 66. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 67. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 68. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 69. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 70. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 71. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 72. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 73. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 74. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 75. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 76. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 77. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 78. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 79. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 80. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 81. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 82. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 83. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 84. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 85. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 86. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 87. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 88. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 89. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 90. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 91. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 92. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 93. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 94. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 95. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 96. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 97. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 98. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 99. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 100. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 101. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 102. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 103. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 104. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 105. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 106. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 107. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 108. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 109. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 110. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 111. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 112. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 113. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 114. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 115. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 116. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 117. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 118. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 119. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 120. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 121. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 122. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 123. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 124. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 125. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 126. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 127. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 128. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 129. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 130. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 131. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 132. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 133. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 134. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 135. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 136. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 137. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 138. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 139. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 140. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 141. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 142. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 143. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 144. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 145. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 146. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 147. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 148. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 149. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 150. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 151. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 152. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 153. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 154. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 155. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 156. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 157. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 158. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 159. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 160. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 161. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 162. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 163. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 164. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 165. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 166. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 167. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 168. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 169. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 170. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 171. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 172. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 173. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 174. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 175. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 176. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 177. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 178. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 179. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 180. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 181. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 182. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 183. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 184. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 185. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 186. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 187. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 188. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 189. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 190. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 191. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 192. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 193. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 194. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 195. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 196. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 197. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 198. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 199. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 200. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 201. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 202. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 203. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 204. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 205. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 206. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 207. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 208. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 209. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 210. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 211. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 212. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 213. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 214. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 215. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 216. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 217. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 218. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 219. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 220. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 221. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 222. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 223. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 224. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 225. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 226. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 227. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 228. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 229. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 230. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 231. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 232. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 233. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 234. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 235. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 236. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 237. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 238. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 239. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 240. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 241. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 242. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 243. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 244. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 245. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 246. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 247. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 248. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 249. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 250. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 251. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 252. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 253. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 254. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 255. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 256. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 257. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 258. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 259. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 260. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 261. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 262. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 263. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 264. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 265. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 266. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 267. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 268. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 269. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 270. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 271. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 272. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 273. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 274. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 275. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 276. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 277. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 278. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 279. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 280. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 281. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 282. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 283. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 284. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 285. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 286. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 287. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 288. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 289. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 290. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 291. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 292. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 293. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 294. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 295. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 296. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 297. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 298. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 299. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 300. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 301. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 302. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 303. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 304. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 305. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 306. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 307. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 308. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 309. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 310. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 311. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 312. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 313. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 314. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 315. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 316. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 317. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 318. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 319. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 320. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 321. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 322. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 323. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 324. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 325. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 326. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 327. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 328. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 329. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 330. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 331. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 332. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 333. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 334. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 335. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 336. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 337. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 338. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 339. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 340. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 341. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 342. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 343. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 344. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 345. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 346. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 347. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 348. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 349. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 350. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 351. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 352. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 353. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 354. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 355. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 356. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 357. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 358. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 359. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 360. Die sächsische Regierung soll die sächsische Regierung annehmen: 361



# Aufruf! An alle U-Boots-Mannschaften!

Kameraden! Das Vaterland ruft, es gilt die Waffen-  
stillstandsbedingungen zu erfüllen, soll nicht der Feinde  
wieder weiter in die Ferne gerückt werden. Ihr kennt  
die traurigen Bedingungen, die uns der Feind gestellt hat.  
Die U-Boote müssen bis zum 18. 11. 1918 nach  
englischen Häfen überführt werden. Hier werden  
Männer der Zeit gebraucht, die alle Bedenken beiseite  
werfen, die bereit sind, für die schnelle Abwicklung der  
Friedensverhandlungen noch eine ganz kurze Zeit dem  
Vaterlande widmen zu wollen. Es sind uns Garantien  
gegeben, daß die Bedingungen der U-Boote sofort  
nach dem Eintreffen in England wieder zurücktrans-  
portiert werden. Um Euch den Entschluß zu erleichtern,  
hat der A.-u.-S.-Rat heute in Gemeinschaft mit dem  
Staatssekretär des Reichsmarineamtes folgendes be-  
schlossen:

Sämtliche Mannschaften derjenigen Schiffe, die nach  
einem feindlichen Hafen geführt werden, werden mit  
10 000 Mark versichert, welcher Betrag im Falle des  
Todes den Angehörigen zu zahlen ist. Im Falle eines Un-  
falles wird eine dementsprechende Sonderrente gewährt.  
In Anbetracht des schweren Dienstes auf den U-Booten  
wird den verheirateten Kameraden dieser Boote außer-  
dem für jede Ueberführung eine Prämie von 500  
Mark, den Unverheirateten eine solche von 300 Mark  
gewährt. Sofort nach Rückkehr der U-Boote  
werden dieselben nach der Heimat entlassen.

Kameraden, trübt das angefangene Werk und stellt  
Euch ganz in den Dienst der Sache, indem Ihr durch  
Eure Bereitwilligkeit zeigt, daß Euch das Wohl und  
Wehe des neuerrunden Vaterlandes am Herzen liegt.  
Weidungen werden beim A.-u.-S.-Rat der U-Boot-  
Abteilung Kiel und Wilhelmshafen entgegengenommen.  
**Arbeiter- und Soldatenrat.**  
3. A. 23 Rudnt.

## Sammlung von Altmaterial.

Mit der Beendigung des Krieges ist der Rohstoff-  
mangel nicht sofort behoben.  
Nach wie vor ist es dringend erforderlich, daß alles  
in den Haushaltungen und an sonstigen Orten befindliche  
Altmaterial jeder Art erfasst und den eingerichteten Sammel-  
stellen zwecks Ausbarmachung für die Friedenswirtschaft  
zugeführt wird.  
Die organisierte Sammelstätigkeit wird wie bisher von  
sämmtlichen Schülern und Schülerinnen ausgeführt.  
Die kaufmännische und technische Leitung bleibt in den  
Händen der Ober- und Mittelschulen und der Handelsgesellschaft  
„Produktion“ m. b. G.

Sozialpolitische Abteilung  
des Arbeiter- und Soldatenrates  
Hamburger  
Oberschulbehörde.  
Siedert.  
Der Arbeiter- und Soldatenrat  
Sautenberg, 1. Vorf. Große, 2. Vorf.

## Unabhängige Sozialdemokratische Partei Hamburg. Mitgliederversammlungen.

Sonntag, den 17. November 1918.

Distrikt Eppendorf:  
nachm. 3 Uhr im Restaurant von Wilhelm Weich,  
Eppendorfer Landstr. 74.

Distrikt Winterhude:  
abends 8 Uhr im Restaurant von Herrn Hansfeld,  
Grasweg 9.

Distrikt Eilbek:  
abends 8 Uhr bei Busch, Ecke Friedensstraße und  
Wandbeker Chaussee.

Distrikt Uhlenhorst:  
abends 8 Uhr im Restaurant von Brühns, Heinrich-  
Danz-Str. 132.

Die Genossen von Altona gehen in die Versammlung  
von St. Pauli.  
Mitgliedbücher an neue Mitglieder werden in den Ver-  
sammlungen ausgegeben.  
Der Vorstand.

## Distrikt Neustadt-Altstadt. Mitgliederversammlung U. S. P. D., Hamburg. Sonntag, 6 Uhr abends, bei Holz, Martin Lutherstraße 12. Tagesordnung: Organisationsfragen.

## Sonntag, den 17. November, nachmittags 3 Uhr Distrikt-Versammlungen

ber  
Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands  
(Ortsverein Hamburg.)

Distrikt Eimsbüttel:  
im Lokal von Ernst Meyer, Langensfelde,  
Eimsbüttelerstr. 30, gegenüber von Zimmermann.

Distrikt St. Pauli:  
im Lokal von Echarberg, Wilhelmplatz.  
Sehr wichtige Tagesordnung!  
Zahlreicher Besuch dringend erwünscht.  
Dabei Aufnahme neuer Mitglieder.  
Die Distriktsleitungen.

## Soldaten-Versammlung

Landsturm-Inf.-Grenz-Bataillon II, Hamburg.  
Sonntag morgen 8 Uhr findet im Stichtofe des Ham-  
burger Rathauses eine Versammlung aller Kameraden  
des Bataillons statt.  
Tagesordnung:  
Was sind die Kameraden der Revolution schuldig?  
Wohlwärtiges Erscheinen aller Kameraden erwartet  
Der Soldatenrat des Bataillons.  
Landst.-Inf.-Grenz-Bat. II.

## Die Filiale der „Rote Fahne“ für Uhlenhorst u. Winterhude befindet sich Barmbeckerstraße 34 bei A. Schwarz.

**Achtung! Linksradikale!**  
**Mitgliederversammlung**  
am Dienstag, den 19. November,  
abends 8 Uhr  
im Musiksaal des Gewerkschaftshauses,  
Fleckenbinderhof.

Tagesordnung:  
1. Neuwahl des Vorstandes.  
2. Fortleitung der Diskussion über das Thema: Unsere Taktik  
und unsere Aufgaben.  
3. Bericht über die „Rote Fahne“ von Genossen Döwll.  
Mitglieder-Ausnahmen am Saaleingang.  
Die Linksradikale.

## Gemeinschaftl. Mitgliederversammlung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und der Linksradikalen.

am Montag, 18. November, abends 8 Uhr  
im großen Saale des Gewerkschaftshauses.  
Tagesordnung:  
Wichtige Presseangelegenheiten.  
Die Einberufer.

Alle Expeditionsangelegenheiten und Geldsendungen  
für die „Rote Fahne“, sind zu richten an  
E. Rüdiger, Hamburg, Fehlandstr. 11 1/2 Stf.

## Bans' Gesellschaftshaus Fleckenbinderhof. Heute, Sonnabend, Anfang 6 1/2 Uhr 1. Großer Friedensball

veranstaltet von  
Angehörigen der Magistratur des A.-u.-S.-Rates.  
Jedermann herzlich eingeladen.  
Der Vorstand.  
Ab Montag täglich Tanzvergnügen.

## Unsere Filiale für Hamm, Horn, Schiffel usw. befindet sich bei Ernst Meyer, Hornerland- straße 501

Absonern auf die „Rote Fahne“ werden entgegengekommen.  
Für die Arbeitsstunden werden bei jedem Verdienst Zeitung-  
bezüge, eventuell auch Frauen, geschickt.

## Ballhaus Fledermaus Tanz - Musik - Vorträge Anfang 8 Uhr.

## Musik, Humor im Laubfrosch Alstertor Nr. 4. Ab 4 Uhr geöffnet.

## TROKADERO Anfang 8 1/2 Uhr.

## Kaffee Reichshof. Besitzer: Emil Dolle. November-Spielplan: Hausine Christiansen, Opern- und Liedersängerin. Ludolf und Mia Köllisch, Operetten- und Spielduell. Hansi Holden, Tyroler Jodlerin und Stimmungssängerin. Friedo Kötter, Humorist. Duett Cramer, humoristisches Gesangs- u. Stimmungsduell.

## Salon-Orchester unter Leitung des Kapellmeisters „Andre Biet“ aus Amsterdam. Anfang Wochentags 7 Uhr, Sonn- und Festtags 4 Uhr. Täglich nachm. ab 5 Uhr die beliebtesten Kaffee-Konzerte. Eintritt frei.

## Kaffeehaus Felder Das November-Schinger-Programm: Hansi Koll, Liedersängerin. Georg Härtel, Grottesk-Komiker. Robert Ohlhaber, Heldenbariton. Arthur Illing, Komiker. Beginn 4 Uhr nachm. Eintritt frei.

## Neu eröffnet Bieber-Diele

im Bieber-Kaffee am Hauptbahnhof  
November-Spielplan:  
Dr. Hemmer und Frau, Besenmeier-Duett  
Fritz Bauer, Vortragskünstlerin  
Robert Komani, Humorist  
Mieze Schönbeck, Operetten-Sängerin  
Fritz Waldow, Komiker  
H. Moran, Kaiserl. Türk. Kammeränger  
Walter Stein, Opern- u. Liedersänger  
Carmen Marah, Sprechkünstlerin  
Ansgar: Carl Stöhr, Ruckpaul-Quartett.  
Beg. Wochentags 4 1/2 Uhr, Sonntags 3 1/2 Uhr nachm.  
Kaffee und Tee in Kannen.  
Vorzügliches Gebäck.

## Für Aengstliche und Nervöse! Die Angst vor dem Zahnziehen ist heute grandios, da in meiner Praxis kranke Zähne und Wurzel, die nicht mehr zu erhalten sind, nunmehr tatsächlich nach der neuesten Methode f.

**gänzlich schmerzlos entfernt**  
werden können.  
Quälen Sie sich nicht weiter mit Ihren schmer-  
zenden Zähnen, sondern wenden Sie sich ver-  
trauensvoll an mich. Ich garantiere für sofortige  
Hilfe und größte Zufriedenheit. Schon aus  
Gesundheitsrücksichten sollten Sie für gesunde  
Zähne der gütigsten Zahnarzt sorgen,  
und lässt dieses mehr denn je im Interesse Ihres  
Allgemeinbefindens, und verleierte ich noch

**Ja künstliche Zähne**  
den eigenen täuschend ähnlich, billigst an-  
schöne Zähne sind immer eine Zierde, und  
dürfen Sie heute nicht mehr mit entstellenden  
Zahnblecken herumlaufen.  
Zahnersatz in Gold und Kautschuk  
(Friedensqualität) billigst.  
Goldkronen, Goldbrücken, Stütz-  
zähne und Plomben billigst.  
Gebissreparaturen und Umarbeiten schnellstens.  
Militärpersonen werden schonend u. billigst behandelt.  
Zahnpraxis H. Ludwig, Steindamm 8,  
im Hause Gebr. Hellbath.  
Sprechzeit 9-7 Uhr. Sonntags 10-12 Uhr.

## H. Sträbe's Tanz-Lehr-Kurse. Hamburg, „Holst. Haus“, Kohlhöfen 16. Wiedereröffnung Sonntag, 17. November, abends 6 Uhr. Alle meine ehemaligen und jetzigen Schüler lade hiermit freundlichst ein.

## Rathaus-Kaffee. Täglich die beliebtesten Bunten Nachmittage und der grosse Abend-Spielplan.

## Kaffee Wallhof Besitzer: J. Koch Täglich großes Künstlerkonzert

## Kaffee Austria Inhaber: Oskar Martini. Fernspr. Hanna 975. Täglich Künstler-Konzert. Auftreten des beliebtesten Hamburger plattdeutschen Volkshumoristen Edje Clasen. Opernjäger Carl Werner. 1. Etage: Martini's Weinstuben. Hamburger Küche.

## Stadt-Kaffee 17 Billards. Eigene Konditorei. Konzert u. Vorträge. Anfang 4 1/2 Uhr. Bis 12 Uhr. Franz Birrenkoven: Maria Carmen Theodor Roosen: Wilma Becker Mit wechselnden Künstlern. Imperator, Bodega, Bar und Likörstube ab 12 Uhr öffnet.

## Bieber-Kaffee am Hauptbahnhof. November-Programm. Carl Stöhr, Meister-Improvisator. Schwarzwald, Quartett. H. Moran, Kaiserl. Türkischer Kammeränger. Olly Marletta, Vortragskünstlerin. Robert Roman, Humorist. Rosen und Berger, Grottesk Gesangs-Duett. Fritz Waldow, Komiker. Padoni-Konzerte. Beginn wochentags 4 1/2 Uhr, Sonntags 3 1/2 Uhr nachmittags.

## Kaffeehaus Vaterland Täglich: Karl Schloss Lachpiller-Wolff Georg Wolff und der glänzende November-Spielplan.

## Bekanntmachung. Die Handelskammer, Gewerbekammer und Detailistenkammer bilden zusammen einen Wirtschaftsrat

zur Vertretung der Gesamtinteressen des hamburgischen Wirtschaftslebens  
(Handel, Industrie, Schifffahrt und Handwerk), der in der Weise zusammen-  
gesetzt wird, daß die drei Kammern je drei Mitglieder in diesen Wirtschafts-  
rat entsenden und außerdem von einer Vertretung der gesamten Wirt-  
schaftsinteressen je neun weitere Vertreter für jede der von den drei  
Kammern vertretenen Wirtschaftsklassen gewählt werden.  
Zur Einleitung der vorbereitenden Schritte für den Wirtschaftsrat  
werden die Vorstehenden der sämtlichen hamburgischen Interessentenverei-  
nungen des Großhandels, der Industrie, der Schifffahrt, des Handwerks  
und des Kleinhandels zu

Sonnabend, 2 1/2 Uhr,  
eingeladen zu Vorbereitungen, die  
von der Handelskammer im Saal 14 der Börse,  
von der Gewerbekammer im Gewerbehause, Dulsenwall 12,  
von der Detailistenkammer im großen Saal der Detailistenkammer  
veranstaltet werden, wozu hierdurch eingeladen wird.  
Die Wahlen werden in einer Gesamtversammlung der Wirtschafts-  
Interessenten, die auf  
Dienstag, den 19. November, 2 1/2 Uhr,  
im großen Saale des „Conventgartens“ festgesetzt ist, vorgenommen.  
Eintrittskarten, die zur Teilnahme an dieser Versammlung berechtigen,  
sind von Montag, den 18. November, an bei den drei Kammern gegen  
Legitimation in Empfang zu nehmen. Stimmzettel werden am Eingang  
zum Saal verteilt.

Die Handelskammer. Die Gewerbekammer.  
Die Detailistenkammer.

## Bekanntmachung. Zwischen Vertretern der Arbeiter- und Soldatenrates und Vertretern der Handelskammer, Gewerbekammer und Detailistenkammer, unter Bei- sein der Güter-Kommission, fand heute im Rathause eine Erörterung über die Maßnahmen statt, die zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens, zur alsbaldigen Belebung von Handel, Schifffahrt, Industrie und Handwerk und zur Wiederaufnahme des Verkehrs mit dem Auslande zu treffen sind. Seitens der Kammern wurde der Vorschlag gemacht, einen Wirt- schaftsrat aus Vertretern der Kammern und Interessentengruppen zu bilden. Von den Vertretern der Arbeiter- und Soldatenrates wurde die Bereit- willigkeit erklärt, mit diesem Wirtschaftsrat zwecks Begutachtung wirt- schaftlicher Fragen und Maßnahmen in Verbindung zu treten. Hamburg, den 15. November 1918. Die Handelskammer.

## Atlantic-Theater Steindamm 22. Fernspr. Vulkan 3874. Ab heute (4, 6, 40 und 9, 40 Uhr): Uraufführung Das Mädchen vom Kaufhaus Ditz Roman einer Verkäuferin in 5 Akten mit Leontine Kühnberg. Die Verlobung auf der Eierkiste. Luftspiel in 2 Akten.

## Gänsemarkt Lessing-Diele Bella-Frankhö: Willi-Karzin Täglich wechselnde Künstler-Vorträge. Anfang 7 1/2 Uhr.

## Deutsches Schauspielhaus in Hamburg. Sonnabend, 16. Nov., abds. 7 1/2 U. Sum erhen Male: Die Nichte. Anf. 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr. Sonntag 17. Nov., nachm. 2 1/2 U. 3 in 1 Preis: Alt-Heidelberg. Anf. 2 1/2 Uhr. Ende geg. 5 1/2 Uhr. Abds. 7 1/2 Uhr (einstündl. Preis). Der Schöpfer. Anf. 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr. Montag 18. Nov., abds. 7 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr. Ende geg. 10 1/2 U. Dienstag 19. Nov., abds. 7 1/2 U. Mittwoch 20. Nov. (Vortrag): Geschlossen. Donnerst. 21. Nov., abds. 7 1/2 U. Zum 250. Male: Die Nichte. Freitag, 22. Nov., abds. 7 1/2 U. Zum 250. Male: Alt-Heidelberg.

## Monaeer Stadt-Theater. Sonnabend, 16. Nov., Anf. 7 Uhr. Pier Gynt. Sonntag 17. Nov., mit 1 Uhr: Doktor Klaus. Ernährte Kreie. Part. 4. 2. baju der südl. Bühne. Abds. 6 1/2 Uhr: Kaiser Abom-went Im weißen Hölzl. Als ich wiederkam... Montag, 18. Nov., Anf. 7 1/2 Uhr. 12. Borf. im Montag-Abdom. Der Troubadour. Dienstag, 19. Nov., Anf. 7 Uhr. 12. Borf. im Dienstag-Abdom. Umschularten u. Vons angilt. 2. Jhen-Jullus (4. Borf.). Ein Volkseid. Mittwoch, 20. Nov., Anf. 7 U.: 11. Borf. im Mittwoch-Ab. Kabale und Liebe. Donnerst., 21. Nov., Anf. 7 Uhr: 10. Borf. im Donnerstag-Abdom. Doktor Klaus.

## Hamburger Volks-Oper Direktion: Carl Richter. Sonnabend, 16. Novbr., abends 7 1/2 Uhr: Der Trompeter von Saffingen. Sonntag 17. Nov., nachm. 1 1/2 Uhr: Ander 25. 3 bis 4. 1. 30. Peter und Paul reifen ins Scharffenland. Nachm. 4 Uhr: Der Bettel- student. — Abds. 7 1/2 Uhr: Die Hörterschiff. Montag, 18. Nov., abds. 7 1/2 Uhr: Martha. Dienstag, 19. Novbr., abends 7 1/2 Uhr: 12. Borf. im Dienst- Abdom. (gerade) Gruppe A u. B. Der Witschig. Donnerst., 21. Nov. ab. 6 1/2 U.: 10. Borf. im Donnerstags- Abdom. (gerade) Gruppe I u. III Die Zibin. Freitag, 22. Nov., abds. 7 1/2 Uhr: Der Trompeter von Saffingen.

## Nenes Operetten-Theater Direktion: Victor Pail. Sonnabend, 16. Nov., abds. 7 1/2 Uhr: Wo die Lerche singt. Täglich Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag, 17. Mittwoch, 20., Donnerstag, 21., Sonnabend, 23.: Die drei Kavaliere. Montag, 18. November: Die Csárdásfürstin. Dienstag, 19. November: De Kofe von Stambul. Freitag, 22. Novbr.: Gollpfeil Sylvia Herzog, mod. Länge.

## Carl Schultze-Theater. Direktion: Herman Haller. Sonnabend, 16. Novbr., abds. 7 1/2 Uhr: Fatiniga. Sonntag 17. Novbr. nachm. 2 1/2 Uhr: Drei alte Schach- teln. — Abds. 7 1/2 Uhr: Fatiniga. Montag, 18. Nov., abds. 7 1/2 Uhr: Fatiniga. Dienstag 19. Nov., ab. 7 1/2 Uhr: Der Kaffeelüber. Mittwoch 20. Nov., ab. 7 1/2 Uhr: Drei alte Schachteln. Donnerstag 21. Nov., abds. 7 1/2 Uhr: Fatiniga. Freitag, 22. Nov., abds. 7 1/2 Uhr: Drei alte Schachteln.

## Ernst Drucker-Theater. Sonnabend, 16. Nov., ab. 7 1/2 U.: Annie, de lustige Enten- troos von Gintzwarder. Montag, 17. Nov., 2 Borf. abds. nachm. 3 Uhr, abds. 7 1/2 Uhr. Große Reue! Annie, de lustige Enten- troos von Gintzwarder. Montag und folgende Tage: Annie, de lustige Enten- troos von Gintzwarder.

## Schiller-Theater. Direktion: Hans Pichler. Sonnabend, 7 1/2 Uhr: Hamburger Hausfrau. Brünnlein Dierlein. Sonntag 1 1/2 Uhr. ganz klein Preise: 40 A. 80 A. 1. 20. Stark wie das Leben. 3 Uhr: Ein Sommerstraum. 7 1/2 Uhr: Saskipiel Konrad Gebhardt vom Deutschen Schauspielhaus. Die Gäre. Montag, 7 1/2 Uhr: Stark wie das Leben. Dienstag 7 1/2 Uhr: Die Kreuzschreiber.

## Variété Hammonia. Gehr. Wolf Täglich abds. 7 1/2 Uhr. Sonntags auch nachm. 3 1/2 Uhr: Variété- November-Spielplan. Vorverkauf: Wieders, Steindamm, Weymar, Norderstrasse 109.

## Waterloo- Theater, Dammtorstr. Bis 21. November: Verlorene Töchter Woche: 4, 6, 25 u. 2, 60

## Hansa-Theater. Täglich 7.30 Uhr: Variété. November-Spielplan.